

# Niederschrift

über die 40. Sitzung des Rates der Stadt Gevelsberg  
am Donnerstag, 28. November 2019 im Ratssaal des Rathauses in Gevelsberg

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Claus Jacobi sind auf ordnungsgemäße Einladung und in beschlussfähiger Zahl anwesend:

- |                  |                    |              |
|------------------|--------------------|--------------|
| 1. Klaus-Günter  | Bärenfänger        |              |
| 2. Stefan        | Biederbick         |              |
| 3. Rainer        | Biewald            |              |
| 4. Bernhard      | Bösken             |              |
| 5. Christina     | Bösken             |              |
| 6. Elke          | Brüninghaus        |              |
| 7. Annette       | Bußmann            |              |
| 8. Philipp       | Cattepoel          |              |
| 9. Günter        | Decker             |              |
| 10. Sonja        | Dehn               |              |
| 11. Werner       | Engelhardt         |              |
| 12. Michael      | Fallenstein        |              |
| 13. Ilse         | Fehrenkemper-Pfeil |              |
| 14. Benjamin     | Garske             | ab 18.40 Uhr |
| 15. Michael      | Herschel           |              |
| 16. Elke         | Kramer             |              |
| 17. Heide        | Kuscharski         |              |
| 18. Mirela       | Linke              |              |
| 19. Werner       | Marold             |              |
| 20. Alba         | Mazzotta-Tiranno   |              |
| 21. Axel         | Mertins            |              |
| 22. Jürgen       | Moysiszik          |              |
| 23. Ralf         | Terjung            |              |
| 24. Gerd         | Vollmerhaus        |              |
| 25. Hans-Günther | Adrian             |              |
| 26. Marc         | Bogenschneider     |              |
| 27. Dr. Babett   | Bolle              |              |
| 28. Nils         | Buchartowski       | ab 19.35 Uhr |
| 29. Lothar       | Fieselmann         |              |
| 30. Herbert      | Leugers            |              |
| 31. Wieland      | Rahn               |              |
| 32. Uwe          | Spille             |              |
| 33. Martina      | Dietz              |              |
| 34. Dirk         | Rabenschlag        |              |
| 35. Sebastian    | Scheer             |              |
| 36. Rolf         | Reick              |              |
| 37. Wolfram      | Thiel              |              |
| 38. Petra        | Bremecker          |              |
| 39. Christina    | Zett               |              |

**Es fehlen:**

- |            |                       |
|------------|-----------------------|
| 1. Borris  | Kißler                |
| 2. Robert  | Schiborr              |
| 4. Susanne | Dippel (entschuldigt) |

**Von der Verwaltung sind anwesend:**

- |             |                       |                     |
|-------------|-----------------------|---------------------|
| 1. Kämmerer | Saßenscheidt          |                     |
| 2. Herr     | Pfleging              |                     |
| 3. Herr     | Knesovic              |                     |
| 4. Frau     | Schmitz               |                     |
| 5. Herr     | Grimm                 |                     |
| 6. Herr     | Remer                 |                     |
| 7. Frau     | Leipholz              |                     |
| 8. Herr     | Schäfer               |                     |
| 9. Herr     | Elsche                |                     |
| 10. Herr    | Rose                  |                     |
| 11. Frau    | Weihe (bis 17:35 Uhr) |                     |
| 12. Frau    | Brakelsberg           | - Schriftführerin - |

Beginn der Sitzung: 17.02 Uhr

BM Jacobi eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

BM Jacobi stellt fest, dass die Einladung und die Niederschrift der letzten Sitzung allen Ratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen sind und gegen die Niederschrift keine Einwendungen erhoben werden.

BM Jacobi schlägt vor, die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um die Drucksache Nr. 190/2019 „Gesellschafterversammlung en|wohnen GmbH am 03.12.2019“ und die Drucksache Nr. 193/2019 „Gesellschafterversammlung der EN-Agentur am 12.12.2019“ zu erweitern und als neue Tagesordnungspunkte 24. und 25. zu behandeln. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Ebenfalls schlägt BM Jacobi vor die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung um die Drucksache Nr. 192/2019 „Abberufung des Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Gevelsberg“ zu erweitern und als neuen Tagesordnungspunkt 6. zu behandeln.

Ratsherr Bärenfänger bittet darum, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 der öffentlichen Sitzung zu tauschen.

Gegen die Änderungen der Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

## T a g e s o r d n u n g

### Öffentliche Sitzung

#### 1. Mitteilungen

BM Jacobi verliest zwei Mitteilungen, in denen Fragen von Bürgern und Ratsmitgliedern aus der letzten Ratssitzung vom 10.10.2019 beantwortet werden:

- Sachstandsmitteilung bezüglich der Errichtung eines Bürgersteiges in Asbeck
- Überprüfung Baugebiet Dörner Busch - Anschüttung von Bauschutt

#### 2. Bestätigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen vor.

#### 3. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Wahl einer zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin/eines zweiten stellvertretenden Bürgermeisters - Drucksache Nr. 148/2019 -

BM Jacobi bittet die Fraktionen, je ein Mitglied zu benennen, das gemeinsam mit der Verwaltungsbeamtin Frau Weihe und der Schriftführerin die Ausgabe und Auszählung der Stimmzettel für die folgende Wahl durchführt. Als Wahlhelfer werden Ratsfrau Bremecker und die Ratsherren Vollmerhaus, Leugers, Rabenschlag und Thiel benannt.

Die SPD-Fraktion schlägt Sonja Dehn zur Wahl der 2. Stellvertretenden Bürgermeisterin vor. Weitere Wahlvorschläge gehen nicht ein. Es werden 38 Stimmen abgegeben, davon 3 Enthaltungen und 35 Ja-Stimmen.

Frau Sonja Dehn ist somit mit 35 gültigen Stimmen zur 2. Stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt.

BM Jacobi verpflichtet Frau Dehn gemäß § 67 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW).

BM Jacobi gratuliert Sonja Dehn im Namen aller Fraktionen und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

**4. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FWG/FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier: Planungen zum Umbau des Freibades des Schwimm-in  
- Drucksache Nr. 186/2019 -**

Ratsherr Adrian erläutert den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der FWG/FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und führt aus, dass die Fraktionen auch weiterhin den Umbau und die Sanierung des Freibades befürworten, jedoch zur Diskussion stellen, ob die Baumaßnahme in einem solchen Umfang erfolgen müsse. Eine einfachere, kostengünstigere Variante sei trotzdem attraktiv und reiche im Hinblick auf die Haushaltslage ebenfalls aus. Der Antrag wurde erst zu diesem Zeitpunkt gestellt, da nunmehr der Haushaltsentwurf mit den dargestellten Kosten bekannt sei. Daraus werde deutlich, dass sich die Kosten für die Baumaßnahme auf mittlerweile 11,5 Millionen Euro summieren und damit über den ursprünglich kalkulierten Kosten lägen.

Ratsherr Bärenfänger macht deutlich, dass die SPD-Fraktion trotz der hohen Kosten an der Maßnahme festhalte und diese auch beschließen werde. Er mahnt die Fraktionen, dass die Sanierung dringend notwendig und auch aus energetischer Sicht unabdingbar sei. Sofern dieses Projekt jetzt angehalten werde, sei dies mit einer Verzögerung der Maßnahme über einen großen Zeitraum verbunden.

Der Technische Betriebsleiter, Herr Knezovic, stellt ausführlich dar, was es bedeute, dieses Projekt nun zu stoppen. Er verweist insbesondere auf die notwendige Zeit für die Vorplanungen. Aufgrund der Verträge stehe man zum jetzigen Zeitpunkt bereits in Verpflichtungen, so dass auch Schadensersatzforderungen zu beachten seien. Von der Honorarsumme in Höhe von ca. 1,0 Mio € netto sind bereits mehr als zwei Drittel beauftragt und von den Planern abgearbeitet. Es verbleiben noch aktuell Honorarkosten in Höhe von ca. 250.000,- € netto, die im Falle einer Kündigung der Verträge mit den Planungsbüros die Grundlage von Schadensersatzansprüchen bilden würden. Er hebt hervor, dass die Planungsbüros eine enorme Vorlaufzeit haben und man nicht kurzfristig ein neues Konzept erarbeiten könne. Herr Knezovic gibt zu bedenken, dass die Badtechnik und Umkleemöglichkeiten unter Beibehaltung der jetzigen Bausubstanz nicht modernisiert werden können, eine reine Umgestaltung ohne Kernsanierung sei aufgrund des Fortschritts der Technik nicht in allen Punkten umsetzbar. Unter diesen Gegebenheiten könne keine weitere Freibadsaison erfolgen. Er sieht bei der bereits in der Planung erfolgten Flächenreduzierung der Wasserbecken von über 40% und der Volumenreduzierung von über 60% kein weiteres Einsparpotential beim geplanten Mehrzweckbecken. Ansonsten kann seiner Meinung eine Attraktivität und Kapazität im Freibad nicht gewährleistet werden.

Ratsherr Adrian gibt zu bedenken, dass die Beschlussvorlage für die Tragwerksplanung und der technischen Anlagen in der Ratssitzung im Dezember 2018 mit dem Gedanken beschlossen wurde, dass möglicherweise mit Fördermitteln gerechnet werden könne.

Ratsfrau Dietz verweist auf die Aussage in der Ratssitzung im Dezember 2018, dass der Rat nochmals über die Planung entscheide.

BM Jacobi verweist diesbezüglich auf die Diskussionen und Entscheidungen in den einzelnen Fachausschüssen und stellt die Beteiligung der einzelnen Ausschüsse zur Sanierung des Freibades nochmals dar: Nach erfolgter Öffentlichkeitsbeteiligung im Januar 2019, Besprechungen mit den Vereinen und Nutzern im März 2019 wurde die Vorplanung umfangreich durch das beauftragte Planungsbüro Planteam Ruhr im Hauptausschuss am 07.05.2019 vorgestellt. Die Reaktion des Hauptausschusses auf die vorgestellte Vorplanung war durchweg positiv. Zudem wurde in jedem Betriebsausschuss der Technischen Betriebe seit November 2018 bis heute über den Sachstand zur Sanierung des Freibades durch Herrn Knezovic berichtet. Im Rat selber gab es Mitteilungen zum Projekt im Juli und letztmalig im Oktober 2019.

Kämmerer Saßenscheidt betont, dass die ursprünglichen Planungen zur Sanierung des Bades ohne Fördermittel angedacht wurden. Die Möglichkeit der Förderung habe sich erst nach Einbringen der Gelder in den Haushalt ergeben, so dass es zwar bedauerlich sei, dass keine Fördermittel bereitgestellt werden, allerdings sei die ursprüngliche Planung ohnehin ohne diese Mittel angedacht gewesen.

Ratsherr Thiel begründet seine Ablehnung mit der Verantwortung in Sachen „Generationengerechtigkeit“, wozu auch der Stand der Verschuldung zähle.

BM Jacobi betont, dass es wichtig sei, ökologisch und energetisch zu investieren. Die Modernisierung des Freibades sei für die Stadt Gevelsberg aktiver Klimaschutz.

#### Beschluss:

Der Rat beschließt die Sanierung und Umgestaltung des Freibades in der bisher vorgelegten Variante nicht weiter zu verfolgen und bestehende Planerverträge zu beenden. Bis zur Vorlage einer neuen Planung sind keine weiteren baulichen oder technischen Leistungen auszuschreiben oder zu vergeben. Die Verwaltung wird beauftragt durch ein Büro den Entwurf einer einfacheren, kostengünstigeren Sanierung, z.B. durch ein einfaches, rechteckiges Becken mit Schwimmer- und Nichtschwimmerbereich, sowie einem gut einsehbaren Becken für Kleinkinder im Bereich des jetzigen Beckens erarbeiten zu lassen. Die Badtechnik und die Umkleidemöglichkeiten werden unter der Beibehaltung der jetzigen Bausubstanz modernisiert. Die nicht benötigten Flächen der bisherigen Becken werden mit einfachen Mitteln zu Liegeflächen umgestaltet.

#### Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Ablehnung

mit den Stimmen der SPD-Fraktion, des BM und Frau Bremecker der Fraktion DIE LINKE, bei Enthaltung von Frau Zett der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FWG/FDP und Bündnis 90/Die Grünen

**5. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Ferienticket Schwimm-in für die Schulferien im Sommer 2020  
- Drucksache Nr. 149/2019 -**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung der Schwimm-in Betriebs GmbH anzuregen, für den Zeitraum der Sommerferien 2020 ein Ferienticket zur vergünstigten Nutzung des Hallenbades auszugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Kämmerer Saßenscheidt wird als Geschäftsführer gebeten, eine entsprechende Ausarbeitung zu fertigen und diese in der Gesellschafterversammlung vorzustellen. Diese Vorlage soll vorab den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt werden.

**6. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Errichtung einer multifunktionalen Spielfläche für Kinder und Familien im Wohnbaugebiet Dörnerbusch  
- Drucksache Nr. 187/2019 -**

Ratsfrau Kramer nimmt Stellung zu dem Antrag und hebt hervor, dass die Stadt Gevelsberg als familiengerechte Kommune zertifiziert sei und Leben und Wohnen als Familie in Gevelsberg attraktiv bleiben müsse. Die SPD-Fraktion habe den Wunsch der zukünftigen Bewohner und Bewohnerinnen des Baugebietes, die Gestaltung der vorgesehenen Spielflächen möglichst schnell umzusetzen, aufgegriffen und bittet die anderen Fraktionen, diesen Antrag mitzutragen.

Ratsherr Rabenschlag berichtet von dem gescheiterten Gedanken im Gebiet Dörnerbusch, einen Abenteuerspielplatz zu errichten und weist nochmals auf die Verpflichtung des Bauträgers hin, dass dieser laut Gesetz eine Spielfläche bereitzustellen habe. Mit der Errichtung einer neuen Spielfläche würde der Bauträger von seiner Verpflichtung entbunden. Herr Remer, Fachbereichsleiter des Fachbereiches Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert, dass es sich bei der Verpflichtung des Bauherrn um eine Verpflichtung handle, Kleinkinderspielplätze zu errichten, die im Sichtbereich des Wohnbereiches lägen. Diese Verpflichtung beziehe sich nur auf Mehrfamilienhäuser. Hier solle aber eine zusätzliche multifunktionale Spielfläche für Kinder und Familien errichtet werden, die nicht von dem Bauträger herzustellen sei.

Ratsherr Adrian regt an, zukünftig darauf zu achten, dass die Verpflichtung zur Gestaltung solcher Spielflächen ebenfalls im städtebaulichen Vertrag dem Bauherrn zugeordnet und entsprechende Flächen im Bebauungsplan direkt vorgesehen werden sollen.

Ratsfrau Kramer merkt an, dass im Bebauungsplan Dörnerbusch eine Gestaltungsmaßnahme vorgesehen sei, die als Spielfläche zu gestalten sei.

Der Investor müsse die Fläche bereitstellen, die Stadt Gevelsberg sei verpflichtet, diese zu gestalten und mit Spielgeräten auszustatten.

Ratsfrau Dietz gibt zu bedenken, dass der Investor seiner Verpflichtung nicht mehr nachkommen werde, wenn die Stadt Gevelsberg die Spielfläche nun errichte.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwaltung zu beauftragen zeitnah eine multifunktionale Spielfläche für Kinder und Familien im Wohnbaugebiet Dörnerbusch zu errichten und diese Maßnahme unter Beteiligung der künftigen Nutzer\*innen und der weiteren Akteure vor Ort zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung  
bei Enthaltung von Ratsherrn Rabenschlag  
von der Fraktion FWG/FDP

Der Antrag wird außerdem zur weiteren Beratung und Entscheidungsfindung in den Stadtentwicklungsausschuss und in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

**7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier: Umbesetzung von Ausschüssen  
- Drucksache Nr. 188/2019 -**

Beschluss:

Der Besetzungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zum gemeinsamen Wahlvorschlag erhoben und gewählt wird in den

*Betriebsausschuss der Technischen Betriebe Gevelsberg*

- anstelle des ausgeschiedenen sachkundigen Bürgers Gerrit Flockenhaus der sachkundige Bürger Markus Kulpmann als erstes stellvertretendes Mitglied

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**8. Sachstandsbericht zum IEHK /  
Ankauf der Immobilie ehemaliges Rupprecht-Gebäude**

BM Jacobi berichtet nochmals über den aktuellen Stand zum IEHK und betont, dass die Chance, Fördermittel für dieses Projekt zu erhalten, sehr hoch sei, denn grundsätzlich seien 16,8 Millionen Euro für dieses Projekt förderfähig. Aus dem Begleitgutachten ergebe sich zudem, dass die wirtschaftliche Nutzung des Gebäudes langfristig auch ohne Fördermittel möglich sei. Der Kaufpreis der Immobilie basiere auf einem zuverlässigen Wertgutachten, in dem der Verkehrswert hinreichend analysiert wurde. Darüber

hinaus ist es in den Kaufverhandlungen mit den Eigentümern gelungen, die Steigerung der allgemeinen Immobilienwerte in den letzten drei Jahren unberücksichtigt zu lassen.

Die Verwaltung empfehle den Kauf des ehemaligen Rupprecht-Gebäudes und möchte mit der Vorlage im Rat nun eine Entscheidung herbeiführen.

BM Jacobi betont, dass es sich um eine Schlüsselimmobilie in der besten Lage von Gevelsberg handle und die Stadt Gevelsberg nun die Chance bekomme, mit der Neugestaltung der Immobilie eine deutliche Aufwertung des Gebäudes und auch der Innenstadt mit der Gestaltung eines Frequenzcenters als freundlich und offen gestaltete Anlaufstelle für die Bevölkerung erzielen zu können.

Dieser Antrag werde zum jetzigen Zeitpunkt gestellt, weil der Eigentümer in naher Zukunft sonst neue Pachtverträge abschließen würde.

Ratsherr Bärenfänger betont, dass der Erwerb des Gebäudes ein Meilenstein im IEHK sei und hebt hervor, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Ratsherr Adrian bestätigt, dass diese Immobilie eine immense Bedeutung für die Stadt Gevelsberg habe, allerdings sei dies im Hinblick auf die Finanzlage doch eine Nummer zu groß für die Stadt Gevelsberg. Eine zeitgemäße und moderne Unterbringung der Musikschule und der Bücherei sei auch an einem anderen Standort möglich, aufgrund der vorhandenen Substanz sei eine neue Unterbringung der Musikschule und Bücherei in diesem Gebäude ohne Kompromisse nicht umsetzbar. BM Jacobi verweist auf die Voruntersuchungen, dass die Bedürfnisse der beiden Einrichtungen im neuen Gebäude vollumfänglich realisiert werden können. Zum einen bekomme man zwei jugendbezogene Einrichtungen ins Stadtzentrum und zum anderen die Chance, das letzte städtebauliche Hemmnis im Innenstadtbereich zu beseitigen.

Ratsfrau Dietz befürchtet, dass es bei dem im Gutachten dargestellten Preis nicht bleibe, da bei Sanierungen fast immer Probleme auftauchen. Ratsfrau Dietz führt aus, dass es eine bessere Lösung sei, an einen Privatinvestor zu verkaufen und die Räumlichkeiten nur anzumieten oder das Gebäude durch einen Investor abzureißen und architektonisch neu aufzubauen.

Ratsherr Rahn vertritt die Auffassung, dass der Kaufpreis zu hoch sei, entscheidend für die Bewertung sei nicht ein Verkehrswertgutachten, sondern ein Marktwertgutachten. Er gehe davon aus, dass die veranschlagten 15 Millionen für Sanierungskosten nicht ausreichen werden. Die Sanierung und Modernisierung müsse nach neuesten Gesichtspunkten erfolgen, die Umsetzungen aus der Energiesparverordnung seien schwer zu realisieren. Besser wäre, das Gebäude nicht zu erwerben, sondern das Geld in die Hand zu nehmen um das Rathaus kernzusaniern und einen adaptiven Neubau danebenzusetzen, so dass ein soziokulturelles Zentrum mit einer schönen Rathausplatte entstehen könne. Dieses Projekt könne man mit rund 20 Millionen realisieren und habe dann ebenfalls einen Meilenstein gesetzt.

BM Jacobi bittet die CDU-Fraktion darum, solche Vorschläge, wie die Kernsanierung des Rathauses mit Anbau, bereits zu einem früheren Zeitpunkt einzubringen. Eine Untersuchung dieser Variante im Rahmen des IEHKs sei sicher möglich gewesen.

Ratsfrau Zett vertritt ebenfalls die Auffassung, dass das Gebäude übersteuert angeboten werde und die Stadt Gevelsberg dieses Gebäude daher nicht erwerben solle, da die Sanierungskosten nicht abschätzbar seien.

BM Jacobi bittet den Fachbereichsleiter Herrn Remer darzustellen, wie die Zahlen im Gutachten ermittelt wurden. Herr Remer erläutert, dass die potenziellen Mieteinnahmen auf Grundlage der Richtwerte für innerstädtische Lagen auf Grundlage des Grundstücksmarktberichtes des Ennepe Ruhr Kreises ermittelt wurden und damit realistisch zu erzielende Mieteinnahmen darstellen. Das Mietausfallwagnis wurde nach Rücksprache mit dem Beratungsbüro Heilmaier und Partner mit 10 % recht hoch angesetzt, um bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung mit größtmöglichen Sicherheiten zu rechnen.

Ratsfrau Dietz fehlt eine Übersicht der Kosten für die Musikschule und die Bücherei sowie der Kosten für eine Instandsetzung der Gebäude, um dann ermitteln zu können, welche Einsparungen durch Rückführung der Nebensstellen erzielt werden können. Die Kosten für die Sanierung des Rupprecht-Gebäudes seien nicht einschätzbar.

**9. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen durch den Kämmerer im 3. Quartal 2019  
- Drucksache Nr. 151/2019 -**

Beschluss:

Der Rat nimmt von den durch den Kämmerer bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**10. Gute Schule 2020; hier: Maßnahmen 2019 und 2020  
- Drucksache 153/2019 -**

Beschluss:

Der Rat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahmenkatalog für die Jahre 2019 und 2020 zur Verwendung der Fördermittel „Gute Schule 2020“. Die Nachweise zur Mittelverwendung für die Jahre 2017 und 2018 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**11. Erlass der aktualisierten Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Gevelsberg  
- Drucksache Nr. 154/2019 -**

Beschluss:

Die Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Gevelsberg wird wie in der Anlage aufgeführt aktualisiert und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**12. Erlass der aktualisierten Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Gevelsberg  
- Drucksache Nr. 155/2019 -**

Ratsfrau Zett erklärt, dass sie den Begriffsanpassungen zustimme, die Gebührenerhöhung in dieser Höhe jedoch nicht nachvollziehbar und tragbar sei. Die Bildung in musikalischer Erziehung solle kostenfrei sein.

BM erläutert, dass die rechtliche Verpflichtung bestehe, die Gebühren anzupassen.

Beschluss:

Die Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Gevelsberg wird wie in der Anlage aufgeführt aktualisiert und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE

**13. Änderung der Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge vom 11. September 1997 (Gebührensatz und Betriebskosten 2020)  
- Drucksache 167/2019 -**

Beschluss:

Der Nachtrag zur Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge vom 11. September 1997 zur Festlegung des Gebührensatzes ab 01.01.2020 sowie der zu erhebenden Betriebskosten für das Jahr 2020 wird in der Fassung der beigefügten Anlage 1 auf der Grundlage der in den Anlagen 2 - 6 aufgeführten Kostenrechnungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**14. Änderung der Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften vom 26. November 2003 (Benutzungsgebühr und Betriebskosten 2020)  
- Drucksache 168/2019 –**

Beschluss:

Der Nachtrag zur Satzung der Stadt Gevelsberg über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften vom 26. November 2003 zur Festlegung der zu erhebenden Benutzungsgebühr ab 01.01.2020 und der Betriebskosten 2020 wird in der Fassung der beigefügten Anlage 1 auf der Grundlage der in Anlage 2 bis 4 aufgeführten Kostenrechnung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**15. Jahresabschluss 2018 der Technischen Betriebe der Stadt Gevelsberg  
- Drucksache 157/2019 -**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe der Stadt Gevelsberg für das Wirtschaftsjahr 2018 wird festgestellt.
2. Der geprüfte Lagebericht wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 1.132.610,02 € wird wie folgt verwendet: 650.000,00 € werden an die Stadt Gevelsberg ausgezahlt. Der Rest in Höhe von 482.610,02 € wird auf neue Rechnung vorge tragen.

Abstimmungsergebnis: zu 1. einstimmige Zustimmung  
zu 2. einstimmige Zustimmung  
zu 3. mehrheitliche Zustimmung  
mit den Stimmen der SPD-Fraktion,  
des BM Jacobi und der CDU-Fraktion  
gegen die Stimmen der FWG/FDP-Fraktion,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
und der Fraktion DIE LINKE

**16. Entlastung des Betriebsausschusses für das Wirtschaftsjahr 2018  
- Drucksache 166/2019 -**

Beschluss:

Dem Betriebsausschuss der Technischen Betriebe wird für das Wirtschaftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**17. Namensweiterung der Städtischen Förderschule  
- Drucksache 177/2019 -**

Beschluss:

Die Hasencleverschule (Städtische Förderschule Gevelsberg) erhält folgende Schulbezeichnung:

**Ferdinand-Hasenclever-Schule  
Städtische Förderschule Gevelsberg  
Förderschwerpunkte Lernen und Sprache in der Primarstufe,  
Förderschwerpunkte Lernen in der Sekundarstufe I und  
Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in den  
Jahrgängen 1 bis 6.**

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**18. Bebauungsplan Nr. 68 „Mönkesstück 2. Teil“; Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung  
- Drucksache 180/2019 -**

Beschluss:

Der Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 68 „Mönkesstück 2. Teil“ (s. Anlage 1) mit der gegenüber dem Aufstellungsbeschluss veränderten Geltungsbereich wird gebilligt.

Gleichzeitig wird eine Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Loher Weg“ für den Überschneidungsbereich mit dem neuen Bebauungsplan Nr. 68 „Mönkesstück 2. Teil“ (s. Anlage 2) gebilligt.

b) Auf Grundlage des Vorentwurfes in Anlage 1 zu dieser Vorlage wird die Verwaltung beauftragt gemäß der §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeit sowie den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb eines Monats zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**19. Bebauungsplan Nr. 75 – Milsper Straße - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 i. V. m. § 13 b BauGB  
- Drucksache 181/2019 -**

Ratsherr Rabenschlag erklärt sich für befangen und verlässt für den Zeitraum der Abstimmung den Ratssaal.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gevelsberg beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 – Milsper Straße, gem. § 2 i. V. m. § 13 b BauGB.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst das Grundstück, Gemarkung Gevelsberg, Flur 17, Flurstück 555 (tlw.) und hat eine Größe von ca. 3.000 m<sup>2</sup>. Die genaue Abgrenzung ist der Anlage 1 zur DS Nr. 181/2019 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen

**20. Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und Entlastung des  
Bürgermeisters für das Jahr 2018  
- Drucksache 183/2019-**

BM Jacobi übergibt die Sitzungsleitung aufgrund Befangenheit an den stellvertretenden BM Biederbick. Der stellvertretende BM Biederbick lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

- a) Der Rat nimmt den Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 sowie des Lageberichtes 2018 zur Kenntnis.
- b) Der Rat stellt den durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2018 fest und führt den ausgewiesenen Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 1.232.669,81 € der Allgemeinen Rücklage zu.
- c) Der Rat erteilt dem Bürgermeister für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 gem. § 96 Absatz 1 Satz 5 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung.

Abstimmungsergebnis: zu Abschnitt a: einstimmige Zustimmung  
zu Abschnitt b: einstimmige Zustimmung  
zu Abschnitt c: einstimmige Zustimmung  
bei Nichtteilnahme des BM Jacobi bei der  
Entlastungsabstimmung

BM Jacobi übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

**21. Brückensanierung Klosterholzstraße; hier: Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln  
- Drucksache 184/2019 -**

Beschluss:

Es werden aus der Buchungsstelle 54.541.02/3665.785200 überplanmäßige Mittel bei Buchungsstelle 54.541.02/3657.785200 in Höhe von 90.000,- € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**22. Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendamts-Elternbeirates im Jugendhilfeausschuss  
- Drucksache 185/2019 -**

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Kay Masur zum stellvertretenden beratenden Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**23. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Durchführung des offenen Ganztagsbetriebes in den Gevelsberger Grundschulen  
- Drucksache 189/2019 -**

Beschluss:

Für die 1. Rate der städtischen Zuschüsse zur Durchführung des offenen Ganztages in den Gevelsberger Grundschulen werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 39.540 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**24. Gesellschafterversammlung der en|wohnen GmbH am 03.12.2019.  
- Drucksache 190/2019-**

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Gevelsberg wird ermächtigt, die Interessen der Stadt Gevelsberg in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin der en|wohnen GmbH in der ordentlichen Gesellschafterversammlung zu vertreten.

Es sind folgende Tagesordnungspunkte vorgesehenen:

Die Niederschrift über die Sitzung am 28.05.2019 wird beschlossen.

Der Quartalsbericht per 30.09.2019 wird zur Kenntnis genommen.

Der Wirtschaftsplan 2020 einschließlich mittelfristige WP bis 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**25. Gesellschafterversammlung der EN-Agentur am 12.12.2019  
-Drucksache 193/2019-**

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Gevelsberg wird ermächtigt, die Stadt Gevelsberg in Ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin der EN-Agentur (Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH) in der Gesellschafterversammlung am 12.12.2019 zu vertreten und wie folgt abzustimmen:

- das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrats und der Gesellschafter vom 11.07.2019 wird genehmigt,
- der Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen,
- der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wird zur Kenntnis genommen,
- die mittelfristige Finanzplanung 2020 – 2024 wird zur Kenntnis genommen,
- die mittelfristige Personalplanung 2020 – 2024 wird zur Kenntnis genommen,
- der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2019, Herr Dipl.-Kfm. Michael Engels, FRIEBE+PRINZ+PARTNER, Parkstr. 54, 58509 Lüdenscheid wird bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Vor Einstieg in die Beratung und Beschlussfassung zum Etat 2020 ehrt BM Jacobi Ratsherrn Gerd Vollmerhaus für seine 25-jährige Mitgliedschaft im Rat der Stadt Gevelsberg und dankt dem Jubilar für sein ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement, stellt in einer feierlichen Rede seinen Werdegang in der Politik dar und überreicht ihm ein Präsent sowie einen Blumenstrauß.

**26. Beratung und Beschlussfassung zum Etat 2020  
- Drucksache NT 140/2019 -**

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FWG/FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE halten die als Anlage 1 - 5 beigefügten Haushaltsreden.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 wird gemäß § 80 Abs. 4 der Gemeindeordnung NRW mit den Veränderungen beschlossen, die sich nach der Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgelegten neuesten Änderungsliste ergeben.

Der Stellenplan für das Jahr 2020 wird entsprechend dem beigefügten Entwurf beschlossen.

Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung der Technischen Betriebe der Stadt Gevelsberg mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 werden entsprechend dem eingebrachten Entwurf sowie der beigefügten Stellenübersicht beschlossen.

Der Jahresabschluss der Schwimm in Betriebs GmbH für 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Rat und Verwaltung sind sich darüber einig, dass die Maßnahmen des in den Vorjahren aufgestellten Haushaltssicherungskonzeptes weiterhin Beachtung finden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
mit den Stimmen der SPD-Fraktion  
und des BM Jacobi  
gegen die Stimmen der CDU-Fraktion,  
der FWG/FDP-Fraktion,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
und der Fraktion DIE LINKE

**27. Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Herr Wehberg berichtet, dass es auf der Mühlenstraße durch die aus seiner Sicht mangelhafte Beleuchtung, die parkenden Fahrzeuge auf beiden Seiten und der nicht hinreichenden Beleuchtungen der LKW zu Gefährdungen komme. Die Polizei sei bereits informiert. Er bittet um Überprüfung seitens der Stadt Gevelsberg in Kooperation mit der Polizei.

BM Jacobi sichert eine Überprüfung zu und wird das Ergebnis in der nächsten Ratssitzung als Mitteilung verlesen.

**28. Fragen von Ratsmitgliedern**

Ratsherr Adrian bittet um Überprüfung, ob es möglich sei, die konstituierende Sitzung für den neuen Rat vor Ablauf der Legislaturperiode des aktuellen Rates durchzuführen.

Ratsfrau Dietz fragt nach, warum der P+R-Parkplatz am Westbahnhof diese Woche gesperrt wurde. Herr Knezovic berichtet, dass ein größeres Maschinenteil für eine ansässige Firma angeliefert wurde, erkundigt sich aber nochmals, ob es einen weiteren Grund für die Sperrung gab.

## Haushaltsrede 2020 SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dies ist meine letzte Haushaltsrede vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Ich verzichte auf einen ausführlichen Rückblick auf das, was wir initiiert und erreicht haben und schaue nach vorn auf die Herausforderungen der nächsten Zeit. Aus meiner Sicht sind die Topthemen für unsere Arbeit und Zukunftsgestaltung:

Bildung – Digitalisierung – Klimawandel – Stadtentwicklung

Diese Leitthemen stehen gleichwertig nebeneinander und sind nicht zu priorisieren. Gleichwohl gibt es viele Schnittmengen, insofern sind immer auch die Zusammenhänge zu beachten.

Meine Damen und Herren,

aktuell beschäftigen wir uns intensiv mit dem Thema Stadtentwicklung. Im Rahmen des „IEHK – Gevelsberg Zentrum 2030“ nehmen wir in dieser heutigen Sitzung eine sehr bedeutsame, eine die Entwicklung dieser Stadt nachhaltig prägende Weichenstellung vor. Auch wenn aus formalen Gründen die Entscheidung über den Ankauf des ehemaligen Rupprecht-Kaufhauses im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung erfolgt, so möchte ich namens der SPD-Fraktion nochmals ausdrücklich betonen, dass der Kauf des Objektes aus unserer Sicht alternativlos ist. Ja, ich weiß, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU-Fraktion, das ist es für Sie nicht – das hat die Diskussion vorhin und in den Fachausschüssen ja sehr deutlich gemacht. In unmittelbarer Nachbarschaft gibt es zwei ehemalige Kaufhäuser, die Sinnbild dafür sind, dass eben die sogenannten heilsbringenden privaten Investoren eher die Kommunen zum Spielball ihrer Interessen machen. Konkret meine ich das ehemalige Kaufring-Kaufhaus in Ennepetal, indem mittlerweile auch die Stadt Ennepetal mit einem Bürgerbüro vertreten ist und ganz besonders den ehemaligen Kaufhof in Schwelm. Wie oft hat der Eigentümer des Kaufhof-Gebäudes in den letzten Jahren gewechselt. Jeder Wechsel ging mit der Vorstellung eines neuen Konzeptes einher – und was ist dann passiert? Wenn Sie mich fragen: Nicht viel.

Meine Damen und Herren,

diese Beispiele zeigen doch, dass Kommunen unserer Größenordnung einen anderen Weg gehen müssen, denn in der heutigen Zeit können wir uns alle nicht eine solche jahrelange Hängepartie erlauben. Gevelsberg hat eine der attraktivsten, belebtesten Innenstädte in der Region. Dies ist nicht zwangsläufig ein Dauerzustand, sondern muss jeden Tag aufs Neue mit Innovationen und Engagement erarbeitet werden. Und es braucht Mut – *unseren* Mut – diesen Weg konsequent zu gehen. Die SPD-Fraktion ist für einen weiteren mutigen Schritt bereit. Dabei zeigen uns die Reaktionen der Gevelsbergerinnen und Gevelsberger, dass es sich lohnen wird, diesen Weg, getragen von einer breiten Bürgerpartizipation, fortzusetzen. Und dabei bringt uns die Bevölkerung sehr viel Vertrauen entgegen, wofür wir uns als SPD-Fraktion ausdrücklich bedanken.

Aber worauf, meine Damen und Herren, basiert denn dies Vertrauen? Es basiert darauf, weil die in den 80er und 90er Jahren sehr, sehr heftig kontrovers diskutierte Verkehrsneuordnung in der Innenstadt samt Engelbert-Tunnel und Neugestaltung der Mittelstraße für die Menschen in unserer Stadt längst auch alternativlos ist. Selbiges gilt auch für die grüne Oase, den Ennepebogen. Maßnahmen, die übrigens vor allem durch FDP, FWG und Bündnis '90/Die Grünen damals heftig politisch und juristisch bekämpft wurden. Wie würde unsere Stadt heute wohl aussehen, wenn damals SPD und CDU nicht gemeinsam diesen mutigen Weg gegangen wären?

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, an dieser Stelle wende ich mich ausdrücklich an Sie. Sicherlich ist insbesondere das Investment in das Rupprecht-Haus finanziell sehr bedeutsam, doch nur wer investiert, kann auch Rendite erzielen. Und die Rendite wird neben einer zeitgemäßen Umgebung für städtische Einrichtungen auch eine für die Umgebung, für die Mittelstraße, für die gesamte Innenstadt sein. Sie wird, gemeinsam mit der Verkehrsneuordnung, die Innenstadt noch attraktiver machen, sie in einem weiteren Schritt noch zukunftsfähiger zu gestalten. Und sie wird weitere Investoren, wie schon mehrfach in den letzten Jahren bekanntermaßen geschehen, in die Mittelstraße locken.

Deshalb mein Appell, auch im Namen der SPD-Fraktion, lassen Sie uns auch diese Herausforderung gemeinsam angehen und unserer kompetenten Verwaltung mit einem breiten Votum den erforderlichen politischen Rückhalt für dieses Projekt geben. Und vergessen sie dabei nicht die Worte des Staatssekretärs Dr. Heinisch, übrigens seit 1993 CDU-Mitglied, bei seinem Besuch am 18.09.2019 in Gevelsberg: „Es steht genug Geld zur Verfügung – investieren Sie es!“ Schade, die Positionen sind wohl klar, was die Debatte gerade gezeigt hat. Die SPD wird allein gemeinsam mit dem Bürgermeister die Verantwortung für diesen zentralen Teil der Zukunftsgestaltung für die Gevelsberger Innenstadt übernehmen. Wir sind von der Richtigkeit überzeugt.

Meine Damen und Herren,

wie Sie sich gewiss erinnern, hat die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung prüfen soll, ob drei bedeutsame Einrichtungen in dem Rupprecht-Gebäude Aufnahme finden können. Neben der Stadtbücherei und der Musikschule zählte auch das Jugendzentrum dazu. Alle drei Gebäude, soviel Charme sie auch jeweils auszeichnen, entsprechen schon heute nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen. Sie sind nicht barrierefrei, sie sind nicht für eine Digitalisierung geeignet und sie haben einen erheblichen energetischen Nachholbedarf. (Da sind sie wieder die Topthemen.)

Nun zeichnet sich ab, dass das Jugendzentrum aufgrund des dafür notwendigen Investitionsvolumens sehr wahrscheinlich keine Aufnahme im Rupprecht-Haus finden wird. Wenn dieses Volumen deutlich höher sein soll, als für einen separaten Neubau, wie Fachleute äußern, dann macht es durchaus Sinn einen anderen Weg zu gehen. Doch dieser Weg kann nicht heißen, wir belassen alles so, wie es in der Schulstraße 13 ist. Es darf nicht heißen, vielleicht brauchen wir dann kein Jugendzentrum mehr. Nein, ein Jugendzentrum ist für die SPD-Fraktion unerlässlich. Und damit es Zukunft hat, muss es sich

inhaltlich wie auch baulich den Herausforderungen der Zukunft stellen. Ich kündige daher an dieser Stelle an, dass die SPD-Fraktion in den nächsten Monaten das Gespräch mit den Verantwortlichen des Jugendzentrums suchen wird. Wir wollen von den Menschen vor Ort erfahren, welche Herausforderungen sie sehen und was dafür erforderlich ist. Damit einhergehen muss ein breiter Pfad der Kinder- und Jugendpartizipation! Und dies sowohl bei der Entwicklung des Jugendzentrums als auch bei der Entwicklung des Rupprechthauses! Denn dies wird sicherlich keine Bücherei und Musikschule im klassischen Sinne beinhalten. Grundlage wird ein Konzept sein müssen, das Aussagen dazu trifft, wie sich Kinder- und Jugendarbeit im kommenden Jahrzehnt entwickelt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
Kinder- und Jugendarbeit wirkt sich auch in Schule aus. Die anstehende Reform des Kinderbildungsgesetzes, kurz KiBiz, wird sich, auch wenn es nicht explizit dafür bestimmt ist, auch auf Schule auswirken. Die Ausweitung der Betreuungsleistungen in den Kindertageseinrichtungen wird nicht vor der Grundschule haltmachen. Ausgehend von weiterhin anhaltend hohen Geburtenzahlen wird schon allein die nominelle Nachfrage nach Offenem Ganzttag steigen. Außerdem wird voraussichtlich der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch auf den Schulbesuch ausgeweitet.

Damit reden wir erstmal nur über reine Quantitäten, die Qualitätsfrage ist damit noch gar nicht bedacht, muss aber zwangsläufig folgen. Und hier werden wir, Politik und Fachverwaltung, gemeinsam über das Schulhelfer-Modell dafür Sorge tragen, dass die Arbeitsplätze im Ganzttag attraktiver werden und damit letztlich durch personelle Kontinuität eine wichtige Basis für eine stetige Qualitätsentwicklung aller Zielgruppen in der Grundschule erreicht wird.

Meine Damen und Herren,  
apropos Grundschule. Im diesjährigen Sommer schockierte uns die örtliche Tagespresse mit einer, ich möchte mal sagen, doch nicht ausreichend recherchierten Berichterstattung über die Zukunft einzelner Grundschulen in unserem Gevelsberg. Es hat uns letztlich beruhigt, dass nach den Sommerferien, auch Dank der umgehenden Reaktion einer Schulleitung, eine sachliche Nachberichterstattung erfolgte. Und heute? Wie die Verwaltung uns in der Sitzung des Schulausschusses berichtete, haben sich die Anmeldungen für das kommende Schuljahr optimal verteilt. Keine Grundschule ist in ihrer Existenz bedroht, sondern alle können weiter zuversichtlich und engagiert für die Kinder und ihre Eltern arbeiten. Und genau das war es letztlich doch, was es galt zu erreichen: Allen Grundschulkindern in unserer Stadt ein positives Lernumfeld zu gewährleisten, das eben auf kleineren Klassen fußt. Natürlich wären uns noch kleinere Klassen lieber, aber dies geben unsere Gebäude und vor allem der Lehrermangel sehr, sehr wahrscheinlich nicht her.

In diesem Sinne möchte ich mich erneut ausdrücklich an die Damen und Herren der CDU-Fraktion wenden. Ja, sie haben damals im Sommer dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Deckelung der Klassengrößen zugestimmt, dies aber doch eher mit Skepsis. In Ihrer Fraktion herrschte verbreitet die Auffassung, dass der Beschluss nur erfolgte, um zwanghaft die Grundschule Schnellmark zu erhalten. Haben Sie sich einmal gefragt, und sie haben doch langjährig erfahrene bildungspolitisch affine Menschen in Ihrer Fraktion, was es bedeutet hätte, diesen Beschluss nicht zu tätigen? Es wäre ganz sicher niemals zum Wohle der Grundschul Kinder gewesen! Wir hätten an den anderen Grundschulen

30 und mehr Kinder je Klasse zu verzeichnen. Ferner hätte die Aufgabe einer Grundschule in unserer Stadt bedeutet, dass wir andere Grundschulen angesichts der weiterhin hohen Geburtenzahlen hätten ausbauen bzw. neu bauen müssen. Dies hätte nicht nur den Raum für den Unterricht, sondern auch den Ganztags betroffen. Und insgesamt wären die Folgen zumindest zwei sehr, sehr große Grundschulen gewesen. Wollen wir das? Wollen wir fünf-, eventuell sogar sechszügige Grundschulen. Nein, meine Damen und Herren, die großen Systeme kommen auf unsere Kinder dann im weiteren Schulleben noch früh genug zu. Auch die allgemein steigenden Fallzahlen und damit Aufwendungen in der Jugendhilfe müssen uns Verpflichtung sein, kleine Systeme für eine positive Entwicklung der Grundschul Kinder zu erhalten. Politik hat die Aufgabe zu steuern und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Wir haben die Zukunft im Blick zu halten! Zum Wohle heutiger und künftiger Generationen!

Stichwort zukünftige Generation! Selbstverständlich beschäftigen uns die Auswirkungen des Klimawandels intensiv und das nicht erst seit „Fridays for future“. Trotzdem möchte ich das Engagement der Schülerinnen und Schüler loben und positiv bewerten. Gut, wenn dafür gesorgt wird, dass das Thema nicht aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwindet. Okay, sicherlich ist eine politische Aufgabe, sich auch kritisch und durch Realsinn geprägt, mit den Auswirkungen der Klimaveränderungen zu beschäftigen. Der menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen sind jedoch aktuell die größte Herausforderung der Menschheit. Und das, was wir bisher getan haben, auch wir in Gevelsberg, kann nur ein Anfang sein. Das Klimaschutzkonzept haben wir beschlossen und angefangen umzusetzen. Ja, wir von der SPD-Fraktion haben gegen die Schaffung einer neuen Stelle für ein Klimaschutzmanagement gestimmt, meine Damen und Herren. Auch deshalb, weil es bereits die Stelle eines Umweltschutzbeauftragten in der Verwaltung seit über zwei Jahrzehnten gibt. Und es ist gewiss an der Zeit, diese Stelle im Sinne des Klimaschutzes weiter zum Einsatz zu bringen. Denn allgemeiner Umweltschutz ist mittlerweile fester Bestandteil von EU-, Bund- und Landesgesetzgebung. Außerdem ist Klimaschutz Chefsache wegen der besonderen Bedeutung dieses Topthemas.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir haben mit dem Klimaschutz angefangen, aber eben nur *angefangen*! Dies reicht bei Weitem noch nicht! Neustrukturierung des Öffentlichen Nahverkehrs, die Möglichkeiten des elektrischen Individualverkehrs, sowohl für Auto wie auch für Fahrräder, Begrünung von Flachdächern bei Gebäuden mit Staffelgeschossen, was nicht neu ist, ich erinnere an die politische Diskussion in den 90er Jahren bei der Entstehung des Gewerbegebietes Wiensiepen, überhaupt mehr Grün in unseren Straßen, und, und, und...

Meine Damen und Herren,

ich bin mir sicher, jedem von uns hier in diesem Saal, käme bestimmt so manche Idee, was wir tun könnten. Nun gut, vielleicht sagt aber auch mancher, soll doch erstmal die EU oder Bund Maßnahmen beschließen und dann können wir ja aktiver werden. Nein, auch wir in unserer örtlichen Gemeinschaft tragen für den Klimaschutz Verantwortung. Deshalb wird die SPD-Fraktion die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes engagiert begleiten und die Einzelmaßnahmen unter großer Einbindung aller

Bevölkerungsschichten weiter diskutieren. Die lokale Agenda hat in den 90er Jahren den Anfang gemacht und manches muss nicht unbedingt neu erfunden werden, doch unsere politische Aufgabe ist es, voranzugehen und die Menschen in unserer Gemeinschaft für die größte Herausforderung einzubinden und zu motivieren. Denn nur ein solches Vorgehen stellt sicher, dass auch die Menschen zu Wort kommen und ihre Ansichten kundtun, die eher zurückhaltend gegenüber Klimaschutz sind, weil sie Belastungen befürchten, die sie nicht schultern können. Nein, zur Demokratie gehört auch, die Meinung Anderer zu hören und sich mit dieser auseinanderzusetzen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ja, ich weiß, was viele jetzt im Saal denken. Es ist förmlich hier vorn zu spüren. Wer soll das denn alles bezahlen, vor allem wenn die Steuereinnahmen möglicherweise zurückgehen?

Bisher ist es immer wieder gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, vor allem auch Dank der hervorragenden Kompetenz unserer Kämmerei. Wir haben die sich stetig ausweitenden Pflichtleistungen umgesetzt und ebenso die freiwilligen Leistungen, die ja im Wesentlichen unseren Gestaltungsspielraum ausmachen, erhalten. Dies muss auch so bleiben. Denn es darf nicht sein, dass wir erst über Finanzen und Einsparungen reden und danach über unsere inhaltliche Verantwortung. Wir können niemanden Hilfe verweigern, nur weil das Geld nicht reicht. Sollen wir jetzt die Digitalisierung in unseren Schulen auf Mindestmaß fahren bzw. aussetzen, nur weil das Geld nicht reicht? Oder sollen wir unsere maroden Brücken jetzt nicht mehr sanieren, nur weil das Geld nicht reicht? Nein, Aufgabe von Finanzpolitik und -verantwortlichen ist es nicht, zu entscheiden, was inhaltlich das Richtige ist, sondern eine Finanzierung für die inhaltlichen Aufgaben sicherzustellen. Das dies nicht unbedingt leicht ist, ist mir klar, doch, wie gesagt, wir brauchen eine andere Herangehensweise an die inhaltlichen Herausforderungen der Zukunft! Und dazu zählt auch eine kreativere Finanzpolitik, die nicht nach dem altbekannten, jahrzehntelangen Schema abläuft! Dieser Apell richtet sich allerdings in erster Linie an Bund und Land. Kommunen müssen nachhaltig finanziell entlastet werden, um handlungsfähig zu bleiben. Politische Entscheidungen treffen, die ja durchaus richtig sind -siehe Ganztagschule-, dann aber die Kosten dafür an die Kommunen weiterreichen, kann und darf nicht sein. Hier ist deutlich das Ende der Fahnenstange erreicht. Die fortgesetzte Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer kommt als Lösung nicht in Betracht. Wir brauchen eine drastische Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und Transferaufwendungen. Geld ist ja bekanntermaßen genug da, nur anscheinend nicht immer auf dem richtigen Konto...

Die SPD-Fraktion und ich persönlich bedanken sich mit großer Hochachtung bei allen Menschen in unserer Stadt, die sich 2019 für die örtliche Gemeinschaft engagiert haben. Ihnen gilt meine und unsere besondere Wertschätzung.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die in 2019 geleistete, engagierte Arbeit.

Und unser Dank gilt allen Mitgliedern des Rates der Stadt und seiner Gremien für die im zurückliegenden Jahr meist gute Zusammenarbeit.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass dies auch nach der Kommunalwahl 2020 ein Markenzeichen der Gevelsberger Kommunalpolitik bleibt.

Den Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern eine schöne Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Übergang ins neue Jahr!

Vielen Dank!

Klaus Bärenfänger, 28.11.2019

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Frau Thomaschewski von der Presse, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne,

lassen Sie mich mit eindrucksvollen Zahlen beginnen:

- 112,8 Millionen Kreditvolumen
- 1,3 Millionen Zinszahlungen pro Jahr 2020
- Knapp 4.000,- Euro Pro-Kopf-Verschuldung

Wie in jedem Jahr verbrauchen wir städtisches Eigenkapital am Limit dessen was erlaubt ist und leben von der Substanz.

Wie in jedem Jahr entgehen wir nur knapp der Haushaltssicherung.

- Der kalkulierte Jahresfehlbetrag für das kommende Haushaltsjahr soll rund 3,2 Millionen Euro betragen. Dieser negative Saldo des Ergebnishaushaltes vermindert erneut die Allgemeine Rücklage und wirkt sich durch ein Minus von rund 4,9 % wieder stark auf die Darstellung des bilanziellen Eigenkapitals aus.
- Wir unterschreiten damit denkbar knapp die 5 %-Hürde., die nur alle zwei Jahre gerissen werden darf. Wenn wir diese mit dem aktuellen Haushalt überschreiten, würde ein Reißen dieses Wertes automatisch ein Haushaltssicherungskonzept mit allen Konsequenzen wie Steuererhöhungen zwingend nach sich ziehen.

Es gilt das gesprochene Wort!

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Das bedeutet in der Folge aber auch, dass wir im Haushalt für das Jahr 2020 keinesfalls einen weiteren Eigenkapitalverzehr von mehr als 5% zulassen können, wenn wir nicht in die Haushaltssicherung geraten wollen. Damit ist die Prognose des Stadtkämmerers, der im vergangenen Jahr für 2020 3,5 Millionen Euro Eigenkapitalverzehr prognostiziert hat, hinfällig.
- Das Eigenkapital wird Ende des nächsten Jahres nach jetziger Kalkulation nur noch 61,6 Millionen Euro betragen, mehr als 9 Millionen Euro weniger als noch 2018. Dem gegenüber stehen besagte Investitions- und Liquiditätskredite von 112,8 Millionen Euro, eine stolze Zahl.
- Aber Geld kostet ja im Moment nichts, die Zinsen für Kommunalkredite tendieren gegen null.
- Das ändert nur nichts daran, dass wir trotz der Niedrigzinsphase im nächsten Jahr 1,3 Millionen Euro an Zinsen für diese Kredite zahlen müssen.
- Zurückgezahlt von den 112,8 Millionen Euro Schulden haben wir dadurch aber noch keinen Cent. Die Tilgung muss noch zusätzlich beglichen werden.
- Wir fragen uns: Was macht dieses Schuldenmachen mit den uns nachfolgenden Generation. Welches Beispiel geben wir den jungen Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern wenn schon der Stadtrat mehrheitlich kein Problem mit hohen Schulen hat?

Es gilt das gesprochene Wort!

- Wo bleibt die Nachhaltigkeit unseres politischen Handelns?
- Was ist unsere Botschaft an die Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker, die uns nachfolgen werden? Welches Bild gibt unsere Finanzpolitik den zukünftigen Stadträten?
- Ich fürchte, ein jämmerliches, weil wir auch im Haushalt 2020 kein Umdenken, sondern ein „weiter so“ erkennen müssen.
- Es gilt also weiterhin, vielmehr jetzt gerade, mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen sorgsam umzugehen und neue Verbindlichkeiten nur dann einzugehen, wenn sie unumgänglich sind.
- Nach wie vor unumgänglich ist zum Beispiel der Neubau der Feuerwache der gut voranschreitet.
- Um das noch einmal klar zu sagen: Die CDU hat diesen Neubau vor allen anderen Fraktionen gefordert und wird dazu ohne Wenn und Aber stehen. Aber auch hier übersteigen viele Gewerke die kalkulierten Kosten.
- Im September 2018 wurden Pläne vorgestellt, wie zukünftig der Freibadbereich des Schwimmbad In aussehen könnte.

- Wurde ursprünglich vom Bürgermeister die Variante favorisiert, für rund 4 Millionen Euro ein rechteckiges Edelstahlbecken in das vorhandene Schwimmerbecken einzulassen, den Rest zu verfüllen und als zusätzliche Liegefläche zu nutzen, dann war schon bald davon keine Rede mehr. Vielmehr wurde uns ein vieleckiges Becken vorgestellt, mit einer schmalen 50-Meter Bahn und anderen Annehmlichkeiten. Sehr schön, aber kalkulierte 8 Millionen Euro teuer.
- Wie wir heute wissen, haben wir für den geplanten Neubau des Freibades keine Zuschüsse bekommen.
- Sieht man sich den 2019'er, den 2020'er Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung an, dann sind aus den prognostizierten und eingestellten Kosten von 8 Millionen Euro mittlerweile 11,5 Millionen geworden.
- Ob darin die Erfahrung berücksichtigt wurde, dass momentan zahlreiche Ausschreibungen zu unseren Bauvorhaben deutlich über den kalkulierten Kosten liegen, darüber kann ich nur spekulieren.
- Genau deshalb haben wir heute gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP/FWG einen Planungsstopp gefordert und ein Umdenken in Richtung der ursprünglichen Überlegungen und damit in Richtung einer bescheidenen Form beantragt.

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

höchst-  
wahrscheinlich

- Wir sind sicher, dass das Freibad im Schwimm In dadurch nichts von seiner Anziehungskraft verlieren würde. Die Besucherergebnisse des jetzigen Freibads in den letzten beiden Sommern unterstreichen dies eindrucksvoll.
- Haben wir im vergangenen Jahr noch davon gesprochen, dass der Kampf um unsere Polizeiwache ein politisches Rinnsal ist, das gerade versickert, so ist es heute wohl <sup>höchst-  
wahrscheinlich</sup> Tatsache, dass wir uns über Kurz oder Lang von unserer Polizeistation am Großen Markt in der Innenstadt verabschieden müssen.
- Stattdessen haben wir uns mit einem Grundstück an der Rosendahler Straße für den Neubau der Kreispolizeibehörde beworben. 300 bis 400 Kräfte der Polizei sollen dort konzentriert werden. Eine gute Sache – wenn sie denn kommt. Denn es gibt Mitbewerber mit durchaus guten Chancen.
- Dass die Lage des Grundstücks vom Bürgermeister im Rahmen einer Nachfrage kurzerhand zur Innenstadt gehörig deklariert wurde, ist ein politischer Treppenwitz und ich denke, die Bürgerinnen und Bürger Gevelsbergs werden dies schon richtig einordnen können.
- Wo wir gerade bei der Innenstadt sind:
- Die Sanierung des Kauflandgebäudes mit Parkhaus ist in vollem Gange, die Arbeiten sind sehr aufwändig.
- Damit einhergehen wird die Neugestaltung des Vendôme Platzes und der sogenannten Rathausplatte.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Eine sinnvolle Planung, ist doch nur so gegeben, dass sowohl das Kauflandgebäude als auch ein neugestalteter Vendomer Platz von Anfang an gemeinsam vollumfänglich frequentiert werden können.
- Das gleiche gilt auch für die sogenannte Rathausplatte. Ohne den zeitgleichen Umbau würde dieser Bereich über Jahre seinen Baustellencharakter nicht verlieren.
- Leider verlieren wir durch die Umgestaltung des Kauflandgebäudes die beliebte Gastronomie. Alle von uns werden sich erinnern, dass an schönen Tagen an den Außentischen des Eiscafés kaum ein freier Platz zu bekommen war.
- Bedauerlich, dass sich der Eigentümer dazu entschieden hat, auf eine ähnliche Einrichtung zu verzichten und lediglich 30m<sup>2</sup> für Gastronomie vorzusehen.
- Ob ein Dönerladen ein adäquater Ersatz für Eiscafé und Co. darstellt, mag jeder selbst beurteilen.
- Deshalb ist die Verwaltung derzeit bemüht, einen Investor zu finden, der einen gastronomischen Betrieb am Rand des Vendômer Platzes errichtet.
- Hoffentlich findet man einen. Denn der Bürgermeister sinniert öffentlich darüber, dass andernfalls die Stadt ein solches Gebäude errichten müsse. Und das – Sie ahnen es – natürlich kreditfinanziert und ohne Landesmittel.

- Ich will hoffen, dass sich dort schnell etwas tut. Denn Lastwagen und Bagger, die einen gerade für viel Geld umgestalteten Platz befahren oder Baukräne und Betonmischer in unmittelbarer Nachbarschaft des Platzes tragen nicht dazu bei, dass sich – wie geplant - der Baustellencharakter schnell verliert und der neugestaltete Bereich von den Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern gern frequentiert wird.
- Wo wir gerade schon bei Landesmitteln für das „Innerstädtische Entwicklungs- und Handlungskonzept Gevelsberg 2030“ waren:
- Staatssekretär Dr. Jan Heinisch vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung überbrachte vor einigen Wochen den Förderbescheid des Landes Nordrhein-Westfalen für die Umgestaltung des Vendômer Platzes.
- Darin enthalten auch das Testat für die grundsätzliche Förderfähigkeit des Ankaufs und des Umbaus der ehemaligen Rupprecht-Immobilie.
- Ort der Übergabe war eben dort, lediglich der Fototermin fand rasch am Vendômer Platz selbst statt.
- Aus dem Testat der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch das Ministerium wurde in der darauffolgenden Ratssitzung eine Politshow des Bürgermeisters.

- Aus dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen über den Stand des IHEK“ wurde eine mehr als 20-seitige Power-Point-Präsentation, in dem jeder, der vielleicht nicht aufmerksam las, durch Fettdruck und Unterstreichungen im Text gefühlt 10 Mal auf die Förderfähigkeit hingewiesen wurde, begleitet durch weitere mündliche Hinweise des Verwaltungschefs.
- Herr Bürgermeister, wir hatten es auch ohne Ihre intensive Hilfe schon vorher begriffen: Das Land Nordrhein-Westfalen hält die geplante Maßnahme grundsätzlich für förderfähig und wird die Vorplanungen entsprechend bezuschussen.
- Das macht die geplante Maßnahme selbst aus Sicht aller im Rat vertretenen Fraktionen mit Ausnahme Ihrer eigenen nicht richtiger.
- Die Kosten für Erwerb und Umbau werden auf 26 Millionen Euro geschätzt und nehmen damit fast die Hälfte der kalkulierten Kosten für das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept ein.
- Diese Zahl macht nach unserer Auffassung eines deutlich: Die vorhandene Substanz des Hauses dürfte sehr schlecht sein, anders sind diese immensen Kosten nicht zu erklären.

- Unserer Meinung nach ist dieser Weg falsch. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt diese enormen Mittel nicht aufbringen sollte, da die zukünftige Belastung durch Zinsen und Tilgung eines entsprechenden Darlehens den Gevelsberger Haushalt einem unkalkulierbaren Risiko aussetzt.
- Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle ausgeführt, dass es am Planungsbüro ASS, Hamerla, Guss-Ringk & Partner und an der Verwaltung sei, uns vom Gegenteil zu überzeugen.
- Das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind bei unserer Auffassung geblieben und haben dem Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept deshalb wie die anderen Fraktionen im Rat nicht zustimmen können, mit Ausnahme der SPD-Fraktion.
- 26-Millionen Euro für die Unterbringung der Stadtbücherei, der Musikschule, von Büros für die Verwaltung und einer halben Handvoll Ladenlokale im Erdgeschoss?
- Damit wir uns richtig verstehen: Wir haben grundsätzlich nichts gegen eine moderne Stadtbücherei und eine zeitgemäße Musikschule. Aber für so viel Geld?

- Wir meinen, ein neues Gebäude neben dem Rathaus auf dem Parkplatz am Großen Markt wäre als soziokulturelles Zentrum die weitaus bessere Alternative gewesen, zumal die Verkehrsplanung aus dem Integrierten Städtebaulichen Handlungs- und Entwicklungskonzept eine Änderung der Straßenführung vorsieht und damit den Standort für einen Neubau begünstigt.
- Der Bürgermeister hat das Rupprecht-Gebäude in einem Fernseh-Interview des WDR als stadtbildprägend bezeichnet. Als die jetzigen Eigentümer das Gebäude vor einigen Jahren erworben haben, war in der heimischen Presse eine Zeichnung zu sehen, wie diese sich die zukünftige Nutzung des Grundstücks vorstellten: Abriss des Gebäudes, stattdessen eine Platzsituation an eben dieser Stelle, umrahmt von kleineren Gebäuden mit Einzelhandel.
- Damals habe ich keinen Aufschrei des Bürgermeisters oder der SPD-Fraktion gehört hinsichtlich der Stadtbildprägung des alten Kaufhauses.
- Wir werden heute noch in dieser Sitzung über den Kauf des Gebäudes entscheiden müssen. Für die CDU-Fraktion kann ich schon jetzt feststellen, dass wir der Vorlage der Verwaltung gleich in nichtöffentlicher Sitzung nicht zustimmen werden.
- Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt, das werde ich jetzt nicht wiederholen.

- Denn was würden wir dafür und für die Sanierung bekommen? Ein Rupprechthaus ohne nennenswerte Erträge, dafür aber mit viel Unterhaltungs- und Instandhaltungsaufwand. Es bindet für viele Jahre Ressourcen, die an anderer Stelle viel mehr bewirken könnten.
- Wir haben uns für den Neubau eines modernen soziokulturellen Stadtzentrums direkt und in Anbindung an das Rathaus eingesetzt. Für Rupprecht sollen über 26 Millionen aufgewendet werden. Für weniger Geld könnte man einen Neubau mit modernster Energieeffizienz, zukunftsgerichteter Kommunikationstechniken, schönen funktionierenden öffentlichen Räumen ohne viele Stützen wie im Rupprechthaus bekommen.
- Es ist für uns sehr wahrscheinlich, dass der immense Unterhaltungs- und Sanierungsaufwand für das Rupprecht-Gebäude im Zusammenspiel mit den galoppierenden Baukosten aus dem auf Pump investierenden Bürgermeister einen „Knecht Rupprecht“ macht.
- Nach wie vor ablehnend stehen wir auch dem Ausbau des Parkplatzes an der Weststraße gegenüber.
- Auch wir würden den Parkplatz gerne ausbauen. Aber nur bei entsprechender Haushaltslage und die ist derzeit und wohl auf längere Sicht nicht gegeben.
- Die Argumentation der SPD-Fraktionen lautet dabei: „Wir haben es den Menschen versprochen“.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Da frage ich mich: Wie konnten Sie mit Blick auf die Finanzsituation das nur tun?
- Sicher, ich ärgere mich auch manchmal über schmutzige Schuhe und das Slalomlaufen um die Pfützen.
- Aber der Platz erfüllt seine Funktion. Mobilität verändert sich gerade dramatisch. Und ob wir 2030 und danach noch einen Parkplatz in dieser Größenordnung brauchen, kann derzeit niemand valide bestätigen.
- Deshalb wäre es klüger, den Platz so zu belassen, wie er heute ist und ihn mit übersichtlichen Mitteln instand zu halten.
- Einen Teil der Mittel, die die Stadt Gevelsberg für die von Ihnen geplanten Baumaßnahmen ausgeben muss, hätten wir lieber in die Digitalisierung der Schulen gesteckt: Bildung statt Beton, das wäre eine Investition in die Zukunft unserer Stadt gewesen!
- Aber auf diesem Gebiet ist Gevelsberg ja eher zögerlich unterwegs.
- Da passt es ins Bild, dass auf die Frage einer Ratsfrau vor einiger Zeit, wann der Relaunch der stadteigenen Internetseite durchgeführt wird, der Bürgermeister antwortete: Der steht in Kürze bevor.
- Damals war mir noch nicht klar, dass „in Kürze“ in Jahren bemessen werden kann.

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Ich will mich heute auf diese Punkte beschränken und es kurz machen. Wir haben noch einige Punkte auf der heutigen Tagesordnung.
- Nachdem wir die Rede des geschätzten Kollegen Bärenfänger von der „absoluten Mehrheitsfraktion“ gehört haben, ist eigentlich nur ein weiter so und ein selbst auf die Schulter klopfen angekommen.
- Und wer, wie ich seit mehr als einem Jahrzehnt den Haushaltsdebatten beiwohnt, der muss feststellen: Es gibt weit spannendere Vorträge hier im Rat.
- Es wird Sie nicht überraschen, dass die CDU-Fraktion dem Entwurf des Haushalts für das Jahr 2020 in der vorliegenden Form nicht zustimmt.
- Wie in jedem Jahr bedanke ich mich bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Stadt. Durch ihr Wirken ist Gevelsberg ein großes Stück lebens- und lebenswerter.
- Auch wenn der Bürgermeister sich erst kürzlich nahezu verbeten hat, dass wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung für ihre Arbeit bedanken, mache ich das an dieser Stelle trotzdem.
- Die CDU-Fraktion weiß, was sie auch in diesem Jahr wieder leisten mussten. Dafür verdient die Belegschaft der Stadt Gevelsberg unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Es gilt das gesprochene Wort!

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Das heißt nicht, dass wir in Zukunft darauf verzichten werden, auf einen Fehler hinzuweisen, den die Verwaltung macht.
- Wer arbeitet macht auch Fehler, das ist nun einmal so. Und wir wären eine schlechte Opposition, wenn wir diese Fehler nicht beim Namen nennen würden.
- Das ändert aber nichts an unserem grundsätzlichen Respekt für Ihren Einsatz.
- Meine Damen und Herren,  
heute verabschiedet dieser Rat seinen letzten Haushalt.
- Die letzte Sitzung des bisherigen Gremiums wird nach der Absicht der Verwaltung am 18. Juni stattfinden. Danach schickt uns der Verwaltungschef in den politischen Zwangsurlaub.
- Bürgermeister Claus Jacobi ist dann quasi der Boris Johnson von Gevelsberg.
- Eine lange Legislaturperiode geht auf Ihr Ende zu und den nächsten Haushalt wird ein anderer, ein neuer Rat beraten und verabschieden.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben sich zum Teil schon sehr lange in der Gevelsberger Kommunalpolitik engagiert.

Es gilt das gesprochene Wort!

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Sie alle haben Ihre Energie, Ihren Sachverstand, Ihre Geduld und Ihre Zeit in die Gremienarbeit investiert, wobei diese, sicher nicht immer ein reines Vergnügen war! <sup>das</sup>
- Für das kollegiale Miteinander mit Vielen hier in diesem Plenum bedanke ich mich ausdrücklich auch im Namen meiner Fraktion.
- Das heißt nicht, dass alles in den abgelaufenen Jahren unser Wohlwollen gefunden hätte.
- Die Bundeslandwirtschaftsministerium <sup>in</sup> Julia Klöckner hat kürzlich geäußert: „Kompromisse sind kein Zeichen von Schwäche, sondern von politischem Verantwortungsbewusstsein“.
- Die Fähigkeit zu Kompromissen habe ich bei einigen Entscheidungen der letzten Jahre vermisst. Die Geschicke Gevelsbergs befinden sich im sympathischen Würgegriff des Bürgermeisters, ~~unterstützt von seiner SPD.~~ <sup>mit</sup>
- Und noch eines möchte ich an dieser Stelle loswerden: Wer sich darüber aufregt, dass sich in dieser Stadt die Oppositionskräfte der Mitte bündeln, um eine politische Veränderung herbeizuführen und um ihre demokratischen Möglichkeiten zu nutzen, wer das nicht ernst nimmt und abtut, der hat die Grundzüge der Demokratie nicht verstanden und muss sich nicht wundern, wenn er im nächsten September mit braunen Flecken aufwacht.

Es gilt das gesprochene Wort!

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2020 der Stadt Gevelsberg

Ratssitzung am 28. November 2019

- Ich darf Ihnen und Ihren Familien zum Abschluss ein besinnliches Weihnachtsfest und Gottes Segen wünschen.
- Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen auch heute wieder all das, was Sie mir auch wünschen.
- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
Herr Bürgermeister Jacobi,

bereits in den letzten Jahren haben wir auf einen zentralen Punkt im jeweiligen Haushaltsentwurf verwiesen, der immer gleich klingt und den wir auch in diesem Jahr wieder lesen mussten:

"Gevelsberg wird im aktuellen HzE-Bericht des Landesjugendamtes als eine Kommune mit einer hohen Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen beschrieben. Ebenso beschreibt der aktuelle Armutsbericht des Ennpe-Ruhr-Kreises ein seit dem Jahr 2008 fast stetig steigendes Armutsrisiko für Kinder in Gevelsberg."

An diesem Satz ist Ihre Politik der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Herr Bürgermeister,  
Damen und Herren von der SPD-Fraktion, zu messen.

Nehmen wir als erstes das IEHK.

Wird die Verlegung von Musikschule und Bibliothek in das für etliche Millionen zu erwerbende ehemalige Rupprecht-Kaufhaus sowie der dann mit weiteren Millionen anstehenden Sanierung und der Umbau, irgendetwas an der generellen Lebenssituation dieser Kinder ändern?

Verbessert sich das Armutsrisiko, wenn diese Kinder nunmehr nicht mehr in die derzeit 100 Meter vom neuen Standort entfernte Bibliothek gehen müssen, um sich Bücher auszuleihen?

Oder in die 800 Meter entfernte Musikschule, um ein Instrument zu erlernen?

Dass sie dann näher bei Shoppinggelegenheiten wären, kann es wohl kaum sein, wenn man sich Shopping nicht leisten kann.

Wird sich etwas für sie ändern, wenn der Weststraßenparkplatz für mehrere hunderttausend Euro umgebaut wird, obwohl dessen Belegung nicht den Eindruck macht, als werde er von den Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern nicht angenommen, weil das ja "die Visitenkarte" Gevelsbergs sei?

Oder wird sich das Leben dieser Kinder ändern, wenn man später über herrliche Kreisverkehre die Wasserstraße auch in Gegenrichtung befahren kann?

Wohl kaum.

Kommen wir als nächstes zum Umbau des Freibades. Es werden 8,0 Mio. + X für eine Edelstahlwanne und eine "Insel" ausgegeben. Hilft das den vom Armutsrisiko betroffenen Kindern?

Nein.

Denn schon nach dem letzten Umbau wurden die Eintrittspreise derart erhöht, dass sich diese Kinder einen Besuch kaum leisten können – entgegen Ihren Versprechungen vor dem letzten Umbau, Herr Bürgermeister (Sie hatten seinerzeit bestritten, dies je gesagt zu haben, dumm für Sie nur, dass die Zeitung sie damit zitiert hatte).

Was nach diesem Umbau – für den es eben keine Förderung vom Land und Bund gibt und den deswegen die Stadt allein stemmen muss – mit den Preisen passiert, mag sich jeder selbst ausmalen.

Da können Sie noch so oft tönen, das Gevelsberger SchwimmIn sei ja deutscher Vizemeister der am wirtschaftlichsten geführten Freizeitbäder. Leider hat dieser "Preis" den Haken, dass man sich für die Teilnahme anmelden musste, weshalb nur 138 von insgesamt 5156 Bädern überhaupt teilnahmen.

Herr Bürgermeister, Sie lösen für zig Millionen Probleme, die die Stadt nicht hat, wie z.B. mit der Verkehrsführung der unteren Mittelstraße und den Standorten für Bibliothek und Musikschule. Geld, das letztlich wieder die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger zahlen müssen, wenn Sie ihnen nach der Kommunalwahl die Grundsteuer erhöhen werden (natürlich, nicht ohne sich damit herauszureden, dass das ja ganz bestimmt nur der vom BVerfG veranlassten Änderung der Gesetze durch die Bundesregierung geschuldet ist). Dies trifft dann wieder die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger mit schmalem Geldbeutel am härtesten, wird doch die Grundsteuer über die Nebenkosten in voller Höhe auch auf Mieter umgelegt.

Es ist doch Augenwischerei ,wenn wir am Freitag den 22.11.2019 aus der Zeitung entnehmen müssen „Café für Vendomer Platz gesucht“. Der Investor des Kauflandes hat doch sicherlich aufmerksam das IEHK gelesen, dort kann man nachlesen, das die Stadt auf diesem Platz am südlichen Rand ein Kiosk/kleines Cafe´ plant. Daher kann es doch nicht überraschen, das der Investor einen anderen Mieter sucht. Es kommt doch gut an, wenn sich der Bürgermeister jetzt wieder als Kümmerer darstellt.

Die echten Probleme, die die Stadt hat, werden nicht angegangen. Das ist ja auch kompliziert. Da reicht es nicht, ein Planungsbüro zu beauftragen, welches Wunschzettel einsammelt und dann zusammenfasst. Da muss man nämlich nicht darauf schauen, was die Bürger – bzw. die, die am lautesten schreien –wollen, sondern darauf, was sie brauchen. Das nennt man nämlich Politik, das was sie machen Weihnachten – gut, nicht bei denen, die in dem oben zitierten Satz gemeint sind.

Wo liegt denn nun der Kern unserer wirklichen Probleme?

Zum Beispiel darin, dass Gevelsberg nach wie vor mit Schwelm den unrühmlichen Spitzenplatz bei den Arbeitslosenzahlen im südlichen

Ennepe-Ruhr-Kreis innehat und man dem Armutsrisiko nur damit begegnen kann, indem man Menschen in Arbeit bingt und also die Rahmenbedingungen für die Entstehung von Arbeitsplätzen verbessert.

Als wir das bereits im letzten Jahr anführten, haben Sie sich künstlich empört vor den angeblich angegriffenen Herrn Grimm gestellt, dabei aber vergessen, dass nach Ihren eigenen Aussagen die Wirtschaftsförderung in Gevelsberg Chefsache sei. Und ich mag mich jetzt irren, aber als ich das letzte Mal ins Organigramm der Stadt schaute, war da nicht Herr Grimm als Chef der Verwaltung aufgeführt.

Naja, vielleicht ist das ja auch nur wieder eine Erinnerungslücke, wie bei den Badeintrittspreisen.

Allerdings war es auch nicht Herr Grimm, der bei der letzten Gewerbesteuererhöhung in Aussicht gestellt hat, diese auch wieder zurück zu nehmen, dies aber bis heute nicht gemacht hat, weil man das Geld ja so dringend für weitere Blendfassaden braucht.

Und ob man Sie im Hinblick auf die Arbeitsplätze feiern muss, weil auf der JECObache, wo einst hunderte von Arbeitsplätzen waren, jetzt ein Altenheim und Wohnbebauung entsteht.

Naja, Ihre SPD wird auch diesen Haushalt durchwinken, denn dort hat man halt schon vor Jahren das Soziale dem Gehorsam gegenüber dem Bürgermeister geopfert.

Echte Sozialdemokraten würden allerdings die sich alljährlich wiederholenden Sätze im Haushalt

"Gevelsberg wird im aktuellen HzE-Bericht des Landesjugendamtes als eine Kommune mit einer hohen Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen beschrieben. Ebenso beschreibt der aktuelle

Armutsbbericht des Ennpe-Ruhr-Kreises ein seit dem Jahr 2008 fast stetig steigendes Armutsrisiko für Kinder in Gevelsberg."

welche ihnen, bescheinigt, dass ihre Politik die sozialen Probleme nicht nur nicht bekämpft sondern sogar seit Jahren immer weiter ansteigen lässt, nicht ruhig schlafen lassen.

Von daher, Herr Bürgermeister, werden wir – Sie können es sich sicher schon denken – auch diesen Haushalt ablehnen, da er vornehmlich Mittel für Blendwerk bereitstellt und kein einziges wirkliches Problem nachhaltig anpackt.

## Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2020

- es gilt das gesprochene Wort -

Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzender Wolfram Thiel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem bereits drei Reden gehalten wurden, möchte ich mich auf einige für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wesentliche Punkte beschränken.

Beginnen möchte ich mit der nach wie vor erschreckend schlechten finanziellen Situation der Stadt Gevelsberg. Bei der Einbringung des Etats für das Haushaltsjahr 2020 in der Ratssitzung am 10.10.2019 fiel als erstes die Höhe des Kreditbedarfs von mehr als 31 Millionen Euro auf. Dieser ist noch höher als für 2019 geplant. Auch wenn die geplante Kreditaufnahme in diesem Jahr deutlich unterschritten wurde, ist dies für 2020 sicher nicht zu erwarten. Für 2020 werden erhebliche Kredite für die Hauptfeuerwache, das Freibad und Maßnahmen nach dem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept aufgenommen werden. Somit wird es zu einem erheblichen Anstieg des Schuldenstandes der Stadt Gevelsberg kommen.

Im Haushaltsjahr 2018 wurde in Gevelsberg erstmalig seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Jahr 2009 ein Überschuss in Höhe von 1,4 Millionen Euro erwirtschaftet.

Ein ausgeglichener Haushalt sollte eigentlich selbstverständlich sein, und es beunruhigt uns, dass dies nach aktuellem Stand der Einnahmen und Ausgaben für 2019 und laut Planung auch für 2020 nicht zu erwarten ist.

Die Schulden der Verwaltung einschließlich der Technischen Betriebe liegen zusammen bei circa 83 Millionen Euro. Ende September 2019 betrug der Überziehungskredit der Stadt Gevelsberg 21,7 Millionen; der Gesamtschuldenstand liegt also bei fast 105 Millionen Euro und wird nach einem leichten Rückgang zukünftig wieder deutlich steigen. In den letzten 10 Jahren wurden insgesamt über 34 Millionen Rücklagen aufgebraucht. Dies entspricht etwa einem Drittel der ursprünglichen Gesamtrücklagen. Sollte sich dies in den nächsten Jahren so fortsetzen, wird das Vermögen der Stadt Gevelsberg in spätestens 20 Jahren aufgebraucht sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner vorigen Haushaltsrede hatte ich bereits darüber gesprochen, welche Investitionen die Bündnisgrünen für sinnvoll halten und welche nicht.

In der heutigen Ratssitzung wurden bzw. werden in dieser Hinsicht zwei wesentliche Entscheidungen getroffen, welche aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht sinnvoll sind.

Die erste ist der Ankauf des Rupprecht-Gebäudes. Im „Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Gevelsberg Innenstadt 2030“ wurden die Kosten für Grunderwerb und Umbau des Gebäudes auf 24,65 Millionen **nach aktuellem Stand 26 Millionen** Euro geschätzt.

Kürzlich erfolgte eine grundsätzliche Bewilligung von Mitteln aus der Städtebauförderung. Das ist zwar zu begrüßen, es stellt sich jedoch die Frage, ob die

Stadt Gevelsberg in ein solch altes Gebäude aus den 1960er Jahren einen derart hohen Betrag investieren sollte. Die wirtschaftliche Restnutzungsdauer beträgt voraussichtlich nur noch etwa 30 Jahre und könnte mit einem erheblichen Sanierungsaufwand auf 50 Jahre erhöht werden. Daher wäre zu erwägen, ob nicht ein Neubau eines sogar noch besser geeigneten Gebäudes an dieser oder anderer Stelle wirtschaftlich sinnvoller sein dürfte, wie vorhin von der CDU dargestellt. Dabei wird der eben genannte Betrag sicherlich nur eine Untergrenze darstellen und bei den derzeitigen hohen Baukosten tatsächlich um einiges darüber ausfallen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Ankauf zum angebotenen Preis nicht zustimmen. Eine Anmietung von Flächen, die von einem Bauträger entwickelt wurden, sehen die Grünen als deutlich vorteilhafter an. Ob aufgrund der erheblichen Sanierungs- und Folgekosten die Finanzierung ohne eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern ab 2021 möglich sein wird, ist zweifelhaft.

Die zweite, nicht mittragbare Entscheidung, betrifft die Umplanung des Freibads. Hinsichtlich der geplanten Baukosten ist nicht anzuzweifeln, ob eine Sanierung erfolgen sollte, sondern in welchem Umfang diese durchgeführt wird. Ursprünglich wurden geplante Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro genannt. Laut Haushaltsplan wurden bisher bereits 9,35 Millionen Euro bereitgestellt. Für das Jahr 2020 sind weitere Mittel von über einer Million geplant, so dass fast 10,5 Millionen Euro erreicht werden. Zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten des „Schwimm in“ sind die zukünftig anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen dem städtischen Zuschuss noch hinzuzurechnen. Das bedeutet, der Zuschuss zum „Schwimm in“ wird in den nächsten Jahren noch weiter steigen, obwohl mit dem relativ neuen Blockheizkraftwerk und dem Wasserverbrauch einsparenden Brunnen bereits Investitionen zur Einsparung ergriffen wurden. Die Grüne Fraktion hat daher gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen der CDU und der FWG/FDP einen entsprechenden Antrag zu einer kostengünstigeren Planung des Freibades gestellt, die aufgrund der bestehenden Haushaltslage zu bevorzugen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um einen wirksamen Klimaschutz zu erreichen, müssen auf allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden. Deshalb ist Klimaschutz für die Bündnisgrünen auch im städtischen Haushalt ein Thema von oberster Priorität. Anfang der Woche meldete die Weltwetterorganisation, dass die Treibhausgasemissionen im Jahr 2018 weltweit auf Rekordniveau lagen. Daher macht es den Grünen Sorgen, dass die Stadtverwaltung dieses dringende Thema nach wie vor so nachlässig behandelt. Bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr wurden zunächst überhaupt keine Mittel für Maßnahmen zum Klimaschutzkonzept veranschlagt. Später wurden dann aufgrund eines grünen Haushaltsantrags 5.000 Euro eingeplant. Erfreulicher Weise wurde nun noch einmal nachgebessert: Der Haushaltsentwurf 2020 sieht immerhin einen Betrag in Höhe von 10.000 EUR, auch für die Folgejahre, vor. Um die mit dem „Integrierten Klimaschutzkonzept“ beschlossenen Maßnahmen wirksam umsetzen zu können, bedarf es entsprechender Personalressourcen. Eine Person, die sich in erster Linie um diese Themen kümmert und nicht nur nebenbei wie unser Bürgermeister als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmerschaft zur Verfügung steht sowie Projekte steuert und voranbringt. Bereits vor fast sieben Jahren hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Einrichtung einer Stelle für eine

Klimaschutzmanagerin bzw. einen Klimaschutzmanager gestellt. Diese wurde leider im letzten Jahr erneut vom Bürgermeister und der SPD-Fraktion abgelehnt. Für die Öffentlichkeit war seitdem lange nicht ersichtlich, ob überhaupt und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt, sich aus dem „Integrierten Klimaschutzkonzept“ ergebende Maßnahmen begonnen bzw. geplant wurden. Klimaschutz im „stillen Kämmerlein“ der Verwaltung ist in der heutigen Zeit überhaupt nicht angebracht. Daher hatten die Bündnisgrünen beantragt, dass die Verwaltung zumindest regelmäßig über die weitere Bearbeitung der Konzeptmaßnahmen informiert. Der Rat hat daraufhin einstimmig beschlossen, dass nunmehr vierteljährlich über die weitere Bearbeitung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes berichtet wird.

Bei ihren Haushaltsberatungen hat die Grüne Fraktion wieder einmal festgestellt, dass bei dem für sie elementaren Thema des Natur- und Umweltschutzes von der Stadt Gevelsberg viel zu wenig unternommen wird. Daher werden die Grünen in den nächsten Monaten hierzu einige sinnvolle und machbare Vorschläge erarbeiten und entsprechende Ratsanträge stellen.

Die Grünen fordern schon seit langem, unnötigen Flächenverbrauch zu vermeiden. Eine in die Zukunft gerichtete Stadtentwicklung umfasst für uns den maßvollen Umgang mit Bebauung und der damit einhergehenden Versiegelung. Dazu gehört auch, dass in gleichem Maße an anderer Stelle Flächen entsiegelt und ökologisch aufgewertet werden. Einer weiteren erheblichen Versiegelung von Flächen in der Stadt ist entgegenzuwirken und bei zukünftigen Bauvorhaben ist noch mehr als bisher auf die Aspekte Entsiegelung und Begrünung zu achten. Für die weitere politische Arbeit zu diesem Thema hatte die Grüne Fraktion mit Schreiben vom 11.10.2019 eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, in der sie um eine Auflistung aller städtischen Flächen gebeten hatte. Eine Antwort wurde mittlerweile zugesagt und die Fraktion hofft, dass diese für die in der nächsten Zeit geplanten Anträge bald zur Verfügung steht.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsatzung [2020](#) wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **nicht** zustimmen. Die geplante Kreditaufnahme von mehr als 31 Millionen Euro, wird von uns nicht mitgetragen, da diese in erheblichem Maße durch den von uns abgelehnten, geplanten Ankauf des Rupprecht-Gebäudes bedingt wird. Die Grüne Fraktion legt Wert auf eine verantwortungsbewusste, nachhaltige Finanzplanung und auf eine Schuldenpolitik, die gegenüber unseren Nachkommen noch vertretbar ist. Insbesondere Letzteres lässt der vorgelegte Haushaltsentwurf vermissen, es ist kein Licht am Ende des Schuldentunnels zu erkennen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich mich **auch** im Namen der Grünen-Fraktion noch bei Frau Schmitz und Herrn Saßenscheidt sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Technischen Betriebe sowie des „Schwimm ins“ für die geleistete Arbeit bedanken. Bei Ihnen hier im Saal bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und alles Gute für das Jahr 2020.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Sehr geehrte Frau Thomaschewski von der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und

Bürger auf der Tribüne.

Ich sage ihnen ganz ehrlich, dass mir beim Verfassen dieser Haushaltsrede die Worte gefehlt haben.

- Nicht, weil ich nicht genug zu sagen hätte, sondern dass ich schier sprachlos bin ob der Dinge, denen wir hier in unserer Stadt hilflos zusehen müssen, ohne wirklich etwas dagegen tun zu können, ganz davon abgesehen, dass das, worüber wir uns ernsthaft Gedanken machen und zum Wohle unserer Mitbürger, ganz besonders im sozialen Bereich, ändern möchten, ignoriert, bzw. ausgesessen wird.
- Aufgrund dessen, dass durch das Projekt 2030 jeder Euro, den wir nicht haben, doppelt und dreifach ausgegeben wird, sehen wir jede Chance schwinden, dass unsere Stadt es sich in naher Zukunft nicht leisten kann, oder soll ich sagen, MÖCHTE? In soziale Projekte zu investieren.

Wir alle wissen, dass bis zum Jahr 2030 eine Ausgabe von 56 Millionen Euro geplant sind.

Nun kommt noch der Ankauf des Rupprecht Gebäudes hinzu. Die Erklärung für diesen

Schritt hört sich auf dem Papier plausibel an.

Aber das ist ja erst der Anfang. Die Folgekosten sind überhaupt noch nicht absehbar.

Außerdem muss damit gerechnet werden, dass bei all den geplanten Projekten Zusatzkosten entstehen, die jetzt noch

nicht ersichtlich sind.

Schwarzmalerei? Nein, das sind Tatsachen, denen man ins Auge schauen muss.

Im Grunde könnte ich hier meine komplette Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen.

Sie passt in die aktuelle Situation, genau wie sie nächstes und übernächstes Jahr und und und passen wird.

Unsere Stadt wird attraktiver und bietet mehr an Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Das mag für viele zutreffen. Doch ich habe Worte im Ohr von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern, die hart arbeiten und froh sind, wenn sie es schaffen, über die Runden zu kommen. Die fühlen sich vergessen und finden harte Worte für das,

was hier passiert, bzw. was nicht passiert, nämlich dass endlich bezahlbare Wohnungen entstehen, ein bezahlbares Bildungs- und

Kulturprogramm für unsere Kinder und Jugendliche. Dazu gehört ebenfalls eine vernünftige Schulpolitik.

Arm sein, heißt nicht, dumm sein.

Leider muss ich die Frage, die wir jedes Jahr stellen, wiederholen:  
Gevelsberg eine Familienfreundliche Stadt?

Aber ja doch. Unser Bürgermeister möchte, dass sich Familien hier ansiedeln. Aber bitte nur die, die es sich leisten können.

Ich möchte auch nicht weiter darauf eingehen, sonst sprengt das unseren Rahmen. Jeder weiß, was wir von der Sozialpolitik hier in Gevelsberg halten.

Wir werden diese Politik keinesfalls mittragen. Die Fraktion DIE LINKE wird den Haushalt 2020 ablehnen.

Aber ich möchte nicht nur kritisieren. Ein großes Lob möchte ich, wie jedes Jahr, den freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern aussprechen, die unsere Stadt ein wenig lebenswerter machen.

Herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung. Und ganz besonders herzlich Dank an die Technischen Betriebe und Mitarbeiter bei der Feuerwehr. Hochachtung für Ihre Leistungen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein gesundes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein ebensolches neues Jahr 2020.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Für die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Gevelsberg

Petra Bremecker

Fraktionsvorsitzende